

Zukunftsfähigkeit durch Jugendpolitik und Jugendarbeit

Demografische Entwicklung als Ausgangssituation

Unabhängig davon, welche Statistiken¹ man zur Struktur und Veränderung der Bevölkerung in der Steiermark vor sich hat, sie prognostizieren für die nächsten zwei Jahrzehnte dieselbe demografische Entwicklung: Mit Ausnahme den Ballungszentren und einzelner städtischer Gebiete wird die Wohnbevölkerung in den ländlichen Räumen der Steiermark sukzessive abnehmen. Ausgehend davon, dass insbesondere junge Menschen und vor allem Frauen (vgl. Weber und Fischer 2010, 71–74) aus den ländlichen Gebieten abwandern werden, steigt zugleich der Altersdurchschnitt der verbleibenden BürgerInnen deutlich an. Bereits jetzt gibt es vereinzelt Gemeinden im Oberen Mur- und Mürztal, die ein hohes Durchschnittsalter aufweisen (u.a. Eisenerz mit 54,6 Jahre). Daraus ergeben sich auf kommunaler und regionaler Ebene neue Herausforderungen, wie etwa die Ausdünnung von Infrastrukturen, die Schließung von Schulen und Kindergärten, unbenützte öffentliche Räume sowie ein Mangel an jungen Fachkräften, wodurch in weiterer Folge der regionale Arbeitsmarkt und das soziale Gefüge leidet. Um auf die skizzierten veränderten Bedingungen des Zusammenlebens reagieren zu können, sind seitens der betroffenen Gemeinden neu durchdachte Konzepte für die Ortentwicklung und Attraktivierung unentbehrlich. Angesichts solcher Aussichten beantwortet sich die Frage, weshalb Gemeinden gefordert sind sich um „ihre Jugend“ ganz besonders zu kümmern und sie zum Bleiben zu bewegen, von selbst: Nämlich aus purem Eigeninteresse. Denn jene Gebiete und Regionen, denen ihre jungen Menschen abhandenkommt, werden ganz sicher zu den Verlierern zählen – und das nicht nur in Hinblick auf die demografische Entwicklung (vgl. beteiligung.st/Dachverband 2015, 6f.).

Standortfaktoren zur Merkmalbestimmung einer Kommune

Die Entscheidung, ob man in der eigenen Gemeinde bzw. in der Herkunftsregion bleibt, von dort weggeht oder vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder dahin zurückkehrt, hängt von Faktoren ab, die je nach Lebensphase individuell gewichtet werden. Zur Merkmalbestimmung einer Kommune werden grundsätzlich „harte“ und „weiche“ Standortfaktoren herangezogen: Zu den „harten“ zählen im Wesentlichen vorhandene Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze in der Region, eine öffentliche und soziale Infrastruktur sowie die lokale Bau- und Wohnsituation. Unter den „weichen“ Wohlfühlfaktoren werden jene Aspekte zusammengefasst, die Jung und Alt das Gefühl vermitteln, im sozialen Gefüge der Gemeinde ihren Platz zu haben. Hier spielen sowohl die Familie und lokale Netzwerke als auch Vereine und Freizeitangebote für die Integration in das soziale und kommunale Umfeld eine wichtige Rolle. Zudem prägen atmosphärische wie auch ästhetische Aspekte (u.a. ein schönes Landschaftsbild, die Natur) diesen Faktor. (vgl. beteiligung.st/Dachverband 2015, 7f.)

Weil nicht alle jungen Menschen denselben Faktoren die gleiche Bedeutung zumessen, gilt es, die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen vor Ort kennenzulernen, um infolgedessen die unterschiedlichen Motive, die zum Abwandern oder Bleiben bewegen, zu verstehen. Das beabsichtigten die Regionalmanagements der Südweststeiermark und Obersteiermark Ost mit ihren pilothaften Studien zur Erfassung der örtlichen Lebensqualität und Wandermotive von Jugendlichen. Die Ergebnisse daraus werden im Folgenden vorgestellt.

Wandermotive von Jugendlichen am Beispiel der Südwest- und Obersteiermark

Im Jahr 2010 führten der Steirischen Dachverband der Offenen Jugendarbeit und die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung (beteiligung.st) im Auftrag des EU-Regionalmanagements Südweststeiermark die Pilotaktion „Zukunftslabor Südweststeiermark“ durch. Das Evaluationsteam setzte sich hierbei mit den ausschlaggebenden Standortfaktoren der südwest-

¹ vgl. ÖROK und WIBIS Steiermark.

steirischen Region auseinander. Rund 780 Jugendliche im Alter von 14 bis 19 wurden mittels Fragebogen und Fokusgruppen zu ihren Vorstellungen für eine optimale Region befragt. Festgestellt wurde, dass sich die Jugendlichen in ihren Heimatgemeinden sehr wohl fühlen und dort auch gerne bleiben würden. Ob sie die Südweststeiermark dennoch verlassen werden, ist hauptsächlich davon abhängig, ob sie in der Region Arbeit finden. Die hohe Bereitschaft zu einem Arbeitsplatz zu pendeln anstatt aus der Region wegzuziehen, geht bei den Befragten mit einer starken Bindung zur Herkunftsregion einher. Diese emotionale Verbindung ergibt sich für sie insbesondere durch das familiäre und soziale Umfeld sowie das Gefühl, am Gemeindegesehehen mitgestalten zu können und bei Entscheidungen eingebunden zu werden (vgl. beteiligung.st/Dachverband 2010, 49–66 u. 121f.).

Ähnliche Ergebnisse lieferte das umfassende Modellprojekt „Jugendabwanderung im ländlichen Raum“ das 2014 vom Bundeskanzleramt Österreich in Auftrag gegeben und vom Regionalmanagement Obersteiermark Ost in Zusammenarbeit mit beteiligung.st und dem Institut für Jugendkulturforschung durchgeführt wurde. Auch hier standen eine Bestandsaufnahme der Situation zur Jugendabwanderung in der östlichen Obersteiermark sowie eine Analyse der Stärken und Schwächen der Region im Zentrum. Insgesamt 33 Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren und mit unterschiedlichem Bildungshintergrund äußerten sich in den Gruppendiskussionen wie folgt: Die Obersteiermark biete für sie eine hohe Lebensqualität, vor allem wegen der Natur, der gefühlten Sicherheit, den Sport- und Freizeitmöglichkeiten und aufgrund der zentralen geografischen Lage (ländliche und städtische Gebiete sowie die beiden Großstädte Wien und Graz sind nah). Familie, örtliche Vereine und jugendfreundliche Treffpunkte sind für die Befragten ebenso wesentliche Faktoren, die zum eigenen Wohlbefinden beitragen und eine persönliche Verbundenheit mit der Region erzeugen. Der Aspekt Arbeit ist ebenso wie bei den Jugendlichen aus der Südweststeiermark bedeutungsvoll: Wer keinen Job findet, muss von zu Hause weggehen. Interessanterweise teilten die befragten Jugendlichen aus der Obersteiermark die Vorstellung, in der industriegeprägten Region ausschließlich dann Arbeit zu finden, wenn „man sich nur für Technik interessiere“. Jene, die sich nicht zur Gruppe der Technikinteressierten zählen, sahen kaum bis keine Berufs- und somit Zukunftschancen in der Region. Dieses negative Bild der Jugendlichen leitet sich einerseits von dem Image einer Stahl- und Industrieregion und den damit verbundenen Berufsbildern ab und ergeben sich andererseits aus dem massiven Informationsmangel an regionalen Jobmöglichkeiten – insbesondere im nicht-technischen Bereich (vgl. Ikrath/Maier 2016, 204f.).

Die Ergebnisse dieser beiden Erhebungen und noch weitere aus der Raum- und Migrationsforschung (vgl. Beetz 2006, Berger 2013, Friedl 2001, Jirosch 2010, etc.) weisen darauf hin, dass sich die Wanderungsentscheidung nicht auf „den einen Grund“ konzentriert, sondern sich vielmehr auf ein Konglomerat aus harten und weichen Faktoren stützt.

„Kinder- und Jugendfreundlichkeit“ als Standortfaktor

„Bleiben oder Abwandern ist aber nicht nur aus der ökonomischen Situation des ländlichen Raumes zu verstehen sondern in ihrer Ausprägung sehr stark davon abhängig, welchen Status die Jugendlichen auf dem Land haben. Ob sie als eigene Sozialgruppe anerkannt sind, über eigene Räume in der (...) dörflichen Erwachsenengesellschaft verfügen oder die Möglichkeiten haben, eigene Lebensstile zu leben.“ (Friedl 2001, 83)

Politik und Verwaltung gestalten das direkte Lebens- und Wohnumfeld von Kindern, Jugendlichen und BürgerInnen und prägen somit die Lebensqualität der (jungen) Menschen. Wie hoch junge Menschen und Familien die Lebensqualität in ihrer jeweiligen Herkunftsgemeinde einschätzen, hängt u.a. davon ab, wie hoch ihre Entfaltungsmöglichkeiten sind und wie sehr sie sich bzw. ihre Anliegen vertreten fühlen, in anderen Worten: Wie „kinder-, jugend- oder familienfreundlich“ ist die Gemeinde?

Unter dem Schlagwort „-freundlichkeit“ wird in der „Sozialpsychologie das anerkennende (...) Verhalten eines Menschen, aber auch die innere wohlwollende Geneigtheit gegenüber seiner sozialen Umgebung (bezeichnet). Im engeren Sinn (...) stellt die gezielt freundliche Intention



sozialen Handelns im Umgang mit anderen Menschen ihren Nutzen für ein kooperatives Miteinander (...) unter Beweis.“ (www.woerterbuchdeutsch.com, 2.3.2017)

Bezogen auf Kommunen bedeutet die Freundlichkeit gegenüber Kindern, Jugendlichen und jungen Familien, dass die Belange und Bedürfnisse der jeweils Betroffenen ins Zentrum des Bewusstseins rücken und ernst genommen werden. Ihre Interessen werden aufgegriffen und gezielt gefördert. Dazu vertritt Winfried Pletzer, Referent für Kommunale Jugendarbeit vom Bayrischen Jugendring eine klare Meinung: Junge Menschen sind angesichts der konstatierten Bevölkerungsentwicklung ein knappes und somit kostbares Gut für Kommunen, daher scheint es seiner Meinung nach naheliegend, dass „entwicklungsfähige Städte und Gemeinden mit Zukunft“ (Pletzer 2016, Vortrag wertstatt///16) sich noch intensiver um die Förderung und Unterstützung von jungen Menschen bemühen und finanzielle sowie personelle Ressourcen für eine Entwicklung und Etablierung der Standortfaktoren Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit aufwenden sollen. Pletzer spricht in diesem Zusammenhang von einem „Paradox im demografischen Wandel“ und meint damit, dass eine schrumpfende junge Bevölkerung nicht einhergeht mit einem abnehmenden Engagement und Bemühen um sie. Er appelliert vielmehr auf eine starke bürgerschaftliche und politische Interessenvertretung sowie auf eine Lobbyarbeit für Familien, Kinder und Jugendliche – und das am besten ohne Verzögerung ab sofort (vgl. ebd.).

Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendfreundlichkeit

Der Sozialwissenschaftler Rainer Loidl-Keil hält in Bezug auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit fest, dass die Etablierung des Standortfaktors eine Partizipation der Betroffenen voraussetzt. (vgl. Loidl-Keil 2008, 80). Bezug nehmend auf Loidl-Keil plädiert die Fachstelle beteiligung.st in ihrer Arbeit mit Kommunen auf diese gelebte Kultur des Mitredens, Mitgestaltens und Mitbestimmens am gesellschaftlichen Leben. Kinder- und jugendfreundliche Gemeinden ermöglichen den jungen Menschen vor Ort genau das: Sie richten ernsthafte Mitsprachemöglichkeiten mittels altersadäquater Partizipationsmethoden ein und verschaffen den Betroffenen in der Gemeinde Gehör für ihre Anliegen. Der Mehrwert, welcher entsteht, wenn Kinder- und Jugendfreundlichkeit mittels forcierter beteiligungsorientierter Jugendpolitik ermöglicht wird, ist augenscheinlich: Auf der Seite der Kommune verschafft es einen Einblick in die Bedürfnisse der jungen Generation vor Ort und ermöglicht durch eine dialogorientierte Beteiligung einen wertschätzenden Austausch der Sichtweisen. Dieses Wissen kann wiederum strategisch dafür genutzt werden, um Konfliktpunkte frühzeitig zu erkennen sowie Finanzmittel gezielter einzusetzen und dadurch Fehlinvestitionen zu vermeiden. Den Kindern und Jugendlichen ermöglicht der beteiligungsorientierte Zugang ein besseres Verständnis für politische Prozesse. Bestimmte Vorgehensweisen werden für sie klarer und darüber hinaus schärft es ihr demokratisches Bewusstsein.

Eine ernsthafte beteiligungsorientierte Jugendpolitik setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche ein selbstverständliches Recht darauf haben, ihre Meinung zu allen Themen, die sie und ihr Lebensumfeld betreffen, zu äußern und dass ihre Stimmen auch gehört werden. Sie sind Teil des Gemeinwesens, ihre Beteiligung daran ist als ein Grundrecht zu verstehen. Es unterstützt sie darin, ihre Fähigkeiten zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung zu stärken. Rechtliche Grundlagen schreiben das Recht auf Beteiligung von jungen Menschen fest, wie beispielsweise die 1989 verfasste UN-Kinderrechtskonvention (Art. 12 und 13), das Steiermärkische Volksrechtegesetz in §180a und das Steirische Jugendgesetz (StJG §4), das den Gemeinden ausdrücklich nahelegt, Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und Initiativen mit Kinder- und Jugendbeteiligung finanziell zu unterstützen.

Um Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Kommune zu etablieren, bedarf es an strukturellen Rahmenbedingungen für Politik und Verwaltung. Der Deutsche Verein „Kinderfreundliche Kommunen“² hat übersichtlich zusammengefasst, um welche Strukturen es sich handelt:

² „Kinderfreundliche Kommunen“ ist eine Initiative des Deutschen Komitees für UNICEF e.V. und des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. und begleitet Gemeinden und Städte bei der Entwicklung eines kinderfreundlichen Aktionsplans. – Ein ähnliches Konzept gibt es auch in Österreich mit dem Audit familienfreundliche Gemeinde, mit deren Durchführung die Familie & Beruf Management GmbH in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund beauftragt ist (www.kinderfreundliche-kommunen.de, 2.3.2017).

1. „Sie gewährleisten eine Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche,
2. lassen eine Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen zu,
3. stellen eine Anlaufstelle als Bindeglied zwischen Kindern und Jugendlichen, Verwaltung und Politik sicher und
4. unterstützen Kinder und Jugendliche im Beschwerdefall bei der Durchsetzung ihrer Rechte.“ (www.kinderfreundliche-kommunen.de, 2.3.2017)

In der Praxis bedeutet das: Die Kommune hat entweder eine beauftragte Person für Kinder- und Jugendagenden, ein Kinder- und Jugendparlament oder andere Formen der Interessenvertretung installiert. Damit wird gewährleistet, dass Kinder und Jugendliche Themen, Ideen und Kritik einbringen können und sich die Kommune dessen ernsthaft annimmt. Darüber hinaus sind personelle und finanzielle Ressourcen zur Institutionalisierung der bereits genannten Strukturen ausgewiesen. Die Kommune setzt weiters auf eine Kooperation mit relevanten AkteurInnen aus Schule, Vereine, Sozial- und Jugendeinrichtungen und anderen Institutionen, die mit jungen Menschen zusammenarbeiten und fördert damit einen Themen- und Ausschussübergreifenden Ansatz der Kinder- und Jugendpolitik (vgl. ebd.).

Beteiligungsorientierte Kinder- und Jugendpolitik

Politik und Verwaltung zeigen vermehrt Interesse daran, insbesondere junge Menschen in kommunales Handeln einzubeziehen und investieren mit beteiligungsorientierten, kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen in die Kinder- und Jugendfreundlichkeit ihrer Kommune. Damit kann die Verbundenheit zwischen Gemeinde, relevanten AkteurInnen (Schule, Vereine, etc.) und Jugend gefördert werden. Es ist aber auch das Gefühl, Teil der Gemeinschaft, also der Kommune, zu sein, das dabei mitschwingt und eine stärkere Verbindung zu den Menschen vor Ort und damit auch der Herkunftsgemeinde auslöst. „Menschen fühlen sich dort zu Hause, wo sie ihre sozialen Bezüge haben. (...) Die Identifikation mit einer Region steigt, wenn Nachbarschaft gelebt wird, wenn Alltagskontakte entstehen.“ (Knauer et al. 2004, 57f.) Auch wenn junge Menschen aufgrund von Ausbildung, Beruf oder Reiselust die Region mittelfristig verlassen, ist eine Rückkehr von vornherein nicht ausgeschlossen, denn die Verbundenheit mit der Herkunftsgemeinde „erhöht das Image der Region als Heimat.“ (ebd.) Ganz im Sinne des Deutschen Hirnforschers Gerald Hüther, der Kommunen in seinem Buch „Kommunale Intelligenz“ dazu auffordert, ganz bewusst die Beziehungskultur vor Ort zu fördern, denn darin liege das Entfaltungspotenzial, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen am Leben im Dorf, in der Gemeinde oder Stadt teilhaben zu lassen, Gestaltungs- und Lernräume zu schaffen und der Bevölkerung Eigenverantwortung zu übertragen (vgl. Hüther 2013, 38–41 u. 66ff.).

Jugendarbeit als wertvoller Bestandteil der Jugendpolitik

„Die Beteiligung Jugendlicher in den Kommunen ist eine immer wichtigere Aufgabe der kommunalen Jugendpolitik und wird unter anderem sehr aktiv von der Offenen Jugendarbeit getragen. (...) (Partizipation) trägt maßgeblich zum Gelingen von Jugendarbeit bei.“ (beteiligung.st/Dachverband 2015, 5)

Den aktuellen Ergebnissen aus einer von bOJA (Bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit) in Auftrag gegebenen Österreichweiten Umfrage zur Bedeutung von Jugendarbeit (vgl. bOJA 2016, 5ff.) zufolge, sehen die insgesamt 183 befragten Gemeinden den Nutzen von kommunaler Jugendarbeit in der „Identifikation der Jugendlichen mit der Gemeinde und (haben) in Folge dessen die Hoffnung, dass die Abwanderung von Jugendlichen (mithilfe von Jugendarbeit) zumindest teilweise vermieden werden kann.“ (bOJA 2016, 9) Weitere Nutzenaspekte bezogen sich auf die Teilhabe und Mitwirkung am Gemeindegeschehen, sinnvolle Freizeitbeschäftigung und das Anknüpfen an soziale Netzwerke vor Ort (vgl. ebd.). Sie schreiben der Jugendarbeit einen hohen Stellenwert in der Gemeinde zu. – Zu Recht, denn Jugendarbeit, differenziert



zwischen einer Verbandlichen und Offenen Jugendarbeit³, ist mit Jugendinformationsarbeit ein wichtiger Bestandteil von „moderner Jugendpolitik“ (vgl. bOJA 2014, 7)

Politische VertreterInnen aus der Steiermark erkennen in der modernen Jugendpolitik eine wichtige Ressource für ihre Gemeinde. Auf der Suche nach Gemeinden, die dahingehend interessante Strukturen aufweisen, bat Daniela Köck, Geschäftsführerin von beteiligung.st, die Bürgermeister aus Feldbach, Gleisdorf, Gratwein-Straßengel und Weiz um ein kurzes Interview. Die Videomitschnitte wurden als Kurzfilm⁴ bei der Tagung „Jugend(zentrums)arbeit“ in Kooperation mit dem Gemeinde- und Städtebund am 11.11.2016 vorgeführt. Wie sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Jugendarbeit zur Umsetzung jugendpolitischer Maßnahmen in der Praxis gestalten kann und welche Ziele die politischen Entscheidungsträger damit anstreben, skizzieren im Folgenden die vier Ausschnitte aus den geführten Interviews mit den Bürgermeistern.

Jugendpolitik als Bildungsauftrag

Josef Ober, Bürgermeister der Stadt Feldbach beschreibt die Jugendarbeit vor Ort als „lebendig und zum Teil innovativ“ und ist davon überzeugt, dass sich die jungen Menschen in dem örtlichen Vereinsangebot gut wiederfinden und sich damit selbstverwirklichen können. Es gibt jedoch Bereiche, die seines Erachtens nicht in dem Maße von Vereinen abgedeckt werden können, wie es die Offene Jugendarbeit bieten kann. In diesem Sinne ist es seiner Ansicht nach Aufgabe der Kommunalpolitik, auf diese Anforderungen einzugehen und noch weitere Möglichkeiten zu schaffen, wie Jugendliche ins örtliche Geschehen eingebunden werden können. Konkret spricht Bgm. Ober vom örtlichen Jugendzentrum, das seit der Gemeindefusion 2015 eine Aufwertung durch eine Neuausrichtung seiner Ziele und Angebote erfahren hat. Darüber hinaus erteilte sich die Stadtgemeinde selbst einen Bildungsauftrag: „Ich sehe es als die Kunst in der heutigen Kommunalpolitik (...) Jugendliche zu inspirieren und zu begeistern und auch zu fördern, sodass sie sich erstens, ihrer Jugendkultur annehmen (...) und zweitens, dass sie auch eigenverantwortlich (...) ihre Zukunft in ihren Bereichen selbst entwickeln können. Das ist mein Wunsch als Bürgermeister (...), dass wir uns sehr stark mit Bildung auseinandersetzen, damit wir ein erfülltes Leben genießen können. Wirtschaftlicher Erfolg allein ist zu wenig. – Es ist noch keine Garantie für ein erfülltes Leben und ich glaube, dass das (Bildung, Anm. der Autorin) die Hauptantriebsfeder der Zukunft sein wird.“ (vgl. Bgm. Ober Interview 2016, Min. 0:39–2:42)

Jugendarbeit und Partizipation als Lernraum für Politik

Die vor der Gemeindestrukturreform noch separat verwalteten Gemeinden Gratwein und Judendorf-Straßengel arbeiteten damals schon im Jugendbereich eng zusammen: Die personellen Ressourcen des Jugendzentrums in Gratwein konnten stundenweise auf die Außenstelle in Judendorf-Straßengel aufgeteilt werden, sodass in der besagten Nachbargemeinde den Jugendlichen ein begleiteter Jugendraum zur Verfügung gestellt werden konnte. Auf Wunsch der Jugendlichen, die ohnehin zwischen den Gemeinden mobil waren und noch immer sind, überlegten die Gemeindeverantwortlichen aus beiden Gemeinden, wie eine zusammengeführte Lösung aussehen und für alle gewinnbringend sein könnte. Bürgermeister Harald Mulle dazu: „Als ein zentraler Standort wurde Gratwein – auch als Schulstandort – gewählt. Die Jugend selbst ist mobil und aufgrund der Fusion ist das nun eine gute Sache.“ Insbesondere die Kooperation zwischen Gemeinde, Vereine und Jugendzentrum war und ist weiterhin maßgebend für die erfolgreiche Etablierung der Jugendarbeit in Gratwein-Straßengel. Bgm. Mulle sieht in der Jugendarbeit und in weiterer Form auch in der Partizipation eine Tür zur Demokratiebildung. „Für mich ist es wichtig, die Jugend für Politik zu interessieren, weil es auch (einmal) zu einem Nachwuchs für die Politik kommen muss (...). Das kannst du eigentlich nur über Jugendbeteiligung probieren.“ (Bgm. Mulle Interview 2016, Min. 5:55–7:27) In Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen initiierte die Gemeinde Gratwein-Straßengel mit beteiligung.st einen Jugendrat und beabsichtigt mit dieser Form der Beteiligung, die Bedürfnisse der Jungen vor Ort kennenzu-

³ Unter Offene Jugendarbeit werden u.a. Jugendzentren, Jugendtreffpunkte und Angebote der mobilen Jugendarbeit verstanden, unter verbandliche Jugendarbeit Vereine, Landjugend, Feuerwehrjugend, Blasmusik, etc. zusammengefasst.

⁴ Der Kurzfilm „Jugendarbeit als kommunale Ressource“ ist auf der Website www.beteiligung.st unter folgendem Link anzusehen: <http://www.beteiligung.st/de/content/view/news/4947>.

lernen, mit der Jugend verstärkt in den Austausch zu treten und sie in die kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden.

Jugendarbeit als Zukunftsarbeit

Die Städte Gleisdorf und Weiz können auf eine lange Tradition von jugendpolitischer Maßnahmen zurückgreifen: Beide setzen seit den 2000er Jahren auf die Etablierung von Angeboten der Offenen Jugendarbeit und des Streetwork. Daneben wurde eine dritte Säule aufgebaut und um die Komponente eines jugendpolitischen Gremiums ergänzt. Der Gleisdorfer Bürgermeister, Christoph Stark, sieht in der Initiative „Jugendforum Plan | G“ vor allem „Zukunftsarbeit“: Hier hat sich eine Gruppe aus Jugendlichen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit sowie ein bis zwei fraktionslosen Interessierten zusammengefunden, die gemeinsam Projekte generiert und in Kooperation mit Politik und Verwaltung umsetzt. Die Projekte tragen „die Handschrift der jungen Menschen“, was bedeutet, dass ganz im Sinne der Selbstorganisation und -bestimmung sich die Stadt bei Planung und Umsetzung soweit zurücknimmt, sodass sie die Jugendlichen lediglich in formalrechtlichen Angelegenheiten unterstützt. „Wir versuchen nicht, Projekte in irgendeine Richtung zu drängen (...), weil es zum Beispiel klüger wäre.“ – Das Jugendforum entscheidet in Bezug auf die inhaltliche und strukturelle Gestaltung selbst und verfügt über ein selbstverwaltetes Budget von 100.000 Euro, das die Stadt Gleisdorf im Jahr 2016 zur Verfügung stellte (vgl. Bgm. Stark, Interview 2016, Min. 3:13–5:28).

Identifikation mit Gemeinde durch Jugendarbeit und Partizipation

Der Jugendgemeinderat aus Weiz konstituiert sich aus interessierten Jugendlichen, die ehrenamtlich tätig und als VertreterInnen gewählt wurden. Im Vergleich zum Gleisdorfer Jugendforum wird der Jugendgemeinderat Weiz fachlich durch das örtliche Jugendhaus begleitet. Politische EntscheidungsträgerInnen wohnen regelmäßig den Sitzungen bei, so kommt es zu einem wiederkehrenden Dialog zwischen den Jugendlichen und KommunalpolitikerInnen. Neben dem wechselseitigen Kennenlernen der Bedürfnisse und Anliegen von Jugendlichen und Politik bzw. Verwaltung, werden Projekte und Veranstaltungen ausgearbeitet. Erwin Eggenreich, Bürgermeister der Stadt Weiz, erkennt in der Investition in Jugendpolitik und Jugendarbeit einen „eindeutigen Gewinn für die Gemeinde: Wenn man Jugendlichen Heimat bietet, werden sie die Heimat wieder aufsuchen. Wenn man weiß, dass sie sich hier wohlfühlen und aufgehoben fühlen (...) und sie sich entwickeln (können). Sie gehen natürlich alle einmal weg, weil anderer Arbeitsplatz oder Studium – sie kommen aber nur dann wieder zurück, wenn eine positive Verbindung zur Heimatgemeinde da ist. Das ist eigentlich das Ziel einer Jugendarbeit, dass man Jugendlichen hilft bei der Entwicklung, dass man sie schützt, dass man ihnen aber auch Platz gibt (...). Das ist (...) Aufgabe der öffentlichen Hand, der Gemeinde. – Dass man ihnen dadurch einen Anker gibt, sodass sie selbst sagen können: ‚Da kann ich auch meine Kinder groß werden lassen.‘“ (Bgm. Eggenreich Interview 2016, Min.7:50–9:27)

Resümee

Kommunen haben den zentralen gesellschaftlichen Auftrag, Strukturen zu schaffen, die den jungen Menschen gute Lebensbedingungen ermöglichen und die vor allem Zukunftschancen in ihrer Region aufzeigen. Forschungen zum Thema Abwanderung belegen nachweislich, dass abgesehen von den vorhandenen Jobmöglichkeiten in der Region es die weichen Faktoren sind, die zum Wohlfühlen wesentlich beitragen. Sie stehen somit den harten Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen ein Abwandern um nichts nach. Kommunen sind daher gut beraten, sich besonders um „ihre“ Kinder und Jugendlichen zu bemühen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Denn: Kommunen mit Zukunft setzen auf den Aufbau einer Kinder- und Jugendfreundlichen Gemeinde. – Es steigert die Lebensqualität für Kinder und Jugendliche vor Ort und ist ein wesentliches Argument für den Verbleib in der Herkunftsgemeinde und -region. Zur Etablierung bzw. nachhaltigen Ausrichtung braucht es hierfür eine moderne Jugendpolitik.



Die Kommune setzt hierbei auf eine verstärkte Netzwerkarbeit, die ein Zusammenspiel aller AkteurlInnen aus Politik, Verwaltung, Schule, Verband und Offene Jugendarbeit bedeutet. Die Anliegen und Interessen der Jugendlichen betreffen alle vor Ort und werden so in allen Bereichen mitgedacht und mitgetragen.

Der Jugendarbeit kommt hierbei eine ganz zentrale Rolle zu: Durch die enge Kooperation mit Politik und Verwaltung unterstützt sie die Kommune bei der Umsetzung ihrer jugendpolitischen Maßnahmen, fördert eine ernsthafte Partizipation von Jugendlichen am Gemeindegesehen und verstärkt zudem die Schnittstellenarbeit mit anderen lokalen AkteurlInnen. Anhand der vier konkreten Beispiele aus der Steiermark wurde exemplarisch vorgestellt, wie diese jugendpolitische Ausrichtung in der Praxis gestaltet sein kann.

Literatur- und Quellenangabe

Beetz, Stephan: Analysen zum Entscheidungsprozess Jugendlicher zwischen ‚Gehen und Bleiben‘. Die Relevanz kollektiver Orientierungen bei Migrationsentscheidungen ostdeutscher Jugendlicher. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (Hg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Weinheim & München 2009.

Berger, Michaela: Abwandern oder Bleiben? Fallstudien zur Sozialstruktur und Kultur alpenländischer Dörfer in Österreich. Masterarbeit. Graz 2013.

beteiligung.st und Steirischer Dachverband der Offenen Jugendarbeit: Pilotaktion „Zukunftslabor Südweststeiermark“, durchgeführt i.R. des ETZ – Projekt YURA Jugendstrategien für Regionen mit Abwanderung. Erhebung zur Lebensqualität von Jugendlichen. Kurzbericht. Graz 2010.

beteiligung.st und Steirischer Dachverband der Offenen Jugendarbeit: Autonome Jugendräume in der Gemeinde. Ein Leitfaden für die Praxis. Graz 2015.

bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit: Offene Jugendarbeit in Österreich. Was? Wie? Wozu?. Broschüre. Wien 2014.

bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit: (Offene) Jugendarbeit in Gemeinden. Eine Umfrage von bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit und dem Österreichischen Gemeindebund zum Jahr der Jugendarbeit 2016, ausgewertet von queraum. kultur- & sozialforschung. Broschüre. Wien 2016.

Friedl, Therese: Lebensbedingungen Jugendlicher in ländlichen Regionen. Eine Untersuchung von Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren im Steirischen Bezirk Feldbach. Inauguraldissertation zur Erlangen des Doktorgrades an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Graz 2011.

Hüther, Gerald: Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg 2013.

Ikath, Philipp/Maier, Nadja: Jugendabwanderung im ländlichen Raum. Ein Modellprojekt in der östlichen Obersteiermark. In: Land Steiermark – A6 Bildung und Gesellschaft; FA Gesellschaft – Referat Jugend (Hg.): jugendarbeit: neu gestalten. Versuch einer interdisziplinären Auseinandersetzung. Graz 2016.

Jirosch, Angela: Lebensentwürfe junger Erwachsener aus Mürzzuschlag unter besonderer Berücksichtigung der Abwanderungssituation. Masterarbeit. Graz 2010.

Knauer, Raingard/Friedrich, Bianca/Herrmann, Thomas/Liebler, Bettina: Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen. Wiesbaden 2004.

Loidl-Keil, Rainer: Kinderfreundlichkeit, Jugendfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit. Eine Studie zur Entwicklung eines Indikatorenmodells in der Steiermark. Graz 2008.

Weber, Gerlind/Fischer, Tatjana: Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibenverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse, BOKU Wien am Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, FA 19D Abfall- und Stoffflusswirtschaft des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Forschungsbericht. Wien 2010.

Kinderfreundliche Kommunen (www.kinderfreundliche-kommunen.de/vorhaben/merkmale_einer_kfk/ (2.3.2017)).

ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (<http://www.oerok.gv.at/raum-region/daten-und-grundlagen/oerok-prognosen.html>; Regionalprognosen 2014–2030 (23.2.2017))

Pletzer, Winfried: Vortrag „Jugendarbeit und Jugendpolitik in der Herausforderung“, durchgeführt i.R. der Fachtagung wertstatt///16 jugendarbeit: lage und zukunfft vom 27.–28.6.2017, Land Steiermark – A6 Bildung und Gesellschaft; FA Gesellschaft – Referat Jugend (http://www.jugendreferat.steiermark.at/cms/dokumente/12310065_128512468/20f04e65/Dokumentation%20der%20Fachtagung_wertstatt_2016.pdf (10.1.2017))

WIBIS – Wirtschaftliches Berichts- und Informationssystem Steiermark (<http://www.wibis-steiermark.at>; Mensch – Bevölkerungsstruktur (23.2.2017))

Wörterbuch und Lexikon – online: Begriff „Freundlichkeit“ (<http://worterbuchdeutsch.com/de/freundlichkeit> (2.3.2017))

Verfasserin:

*Nadja Maier, MA
Projektleiterin, beteiligung.st
nadja.maier@beteiligung.st*

